

Präambel: Europas Versprechen erneuern - Gemeinsam voran oder getrennt zurück? Das ist die Frage unserer Zeit



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Georg Sieglén (Köln KV)

Änderungsantrag zu EP-P-01

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:

Europäische Union kann den Frieden bewahren. Sie kann. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger das wollen.

Es wird in den kommenden Jahren entscheidend darauf ankommen, schon länger bestehende strukturelle Probleme, wie etwa die Klima-, die vergangene Währungs- und die Flüchtlingskrise, als strukturelle Entscheidungsdefizite auf europäischer Ebene zu begreifen und zu lösen. Die andauernde Krise in Europa ist vor allem die Krise nicht eingelöster Versprechen für ein demokratisches und soziales Europa. Auch um einen Zerfall der Union abzuwenden, wird es wesentlich sein, dass sich Europa als transnationale Demokratie weiterentwickelt. Dazu braucht es einen großen Schritt nach vorne, mit möglichst klaren Vorstellungen über die einzuschlagende Richtung eines wiederbelebten Integrationsprozesses. Allein mit einem gemeinsamen Binnenmarkt, einer gemeinsamen europäischen Währung und vielfach intransparenten Entscheidungsstrukturen, die zu oft darauf beschränkt sind, den Bürgern „alternativlose“ Entscheidungen zu erläutern, wird dies nicht möglich sein. Dazu müssen in den kommenden Jahren Konzepte für eine Reform des europäischen Institutionengefüges entwickelt und verfolgt werden, um die demokratischen Defizite europäischen Regierens zu verringern. Daran sollen nicht nur nationale Regierungen, sondern alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligt werden, damit die EU nicht nur eine Union von Staaten bleibt, sondern, wie es der Vertrag von Maastricht auch vorsieht, sich zu einer demokratischen Union von Bürgern weiterentwickelt. Es muss anerkannt werden, dass für eine langfristige Entwicklung Europas zu einer Union der Bürgerinnen und Bürger ohne mehr Möglichkeiten zur grenzübergreifenden politischen Meinungsbildung, echte parlamentarische Initiativ-, Kontroll- und Budgetrechte und ohne eine Regierung, die ihre Entscheidungen auch durchsetzen kann nicht gehen wird. Nur so lässt sich Vertrauen in demokratische Institutionen stärken und rechtspopulistischen Gefährdungen Europas Einhalt gebieten.

Begründung

Es muss deutlich werden, dass im Hinblick auf europäisches Regieren kein „weiter so wie bisher“ geben kann. Bisher hat der Text die Tendenz, europa- und demokratiefeindliche Kräfte an den Pranger zu stellen. Dass die EU aber auch gefährdet ist, weil der Integrationsprozess ins Stocken geraten ist, viele wichtige Fragen auf nationaler Ebene nicht bearbeitet und gelöst werden können, aufgrund der institutionellen Strukturen aber auf europäischer Ebene auch häufig nur in unbefriedigendem und undemokratischer Weise, muss deutlich benannt werden. Die dafür notwendigen Reformen erfordern natürlich einen sehr langen Atem, aber geeignete Visionen wohin sich Europa langfristig entwickeln soll, gehören in eine solche Präambel und man sollte sich bemühen öffentlichen Debatten in Gang zu bringen.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Retzlaff (Werra-Meißner KV); Hartmut Neubauer (Köln KV); Andreas Müller (Essen KV);
Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Sebastian
Schäfer (Oberberg KV); Peter Drahn (Köln KV); Nicole Rudner (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV);
Christian Cranz (Köln KV); Willi Harz (Köln KV); Melanie Nagel (Köln KV); Andreas Paulus (Köln KV);
Eileen Woestmann (Köln KV); Lukas Lüchtrath (Köln KV); Stefan Wolters (Köln KV); Frank Jablonski
(Köln KV); Michael Kaiser (Köln KV); Annika Fischer-Uebler (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV);
Dominik Wellhäuser (Köln KV)